

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Juli 2012

29. Juni 2012

ACTA

Bericht David Martin (S&D, VK)

"Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, Australien, [...]"

Verfahren der Zustimmung

Debatte am Dienstag,
3. Juli

Abstimmung am Mittwoch,
4. Juli

Ska Keller MdEP

Büro +32 228 45379

Jan Philipp Albrecht MdEP

Büro +32 228 45060

Hintergrund: Der federführende Handelsausschuss hat das umstrittene Anti-Produktpiraterie-Abkommen Ende Juni abgelehnt. Damit haben fünf Ausschüsse gravierende Bedenken gegen das Abkommen angemeldet. Auch der Auftritt von Handelskommissar de Gucht konnte die Abgeordneten nicht zur Zustimmung oder Verschiebung der Abstimmung bewegen. Sogar der konservativ dominierte Rechtsausschuss hatte sich zuvor erstmalig gegen eine Maßnahme gewandt, die die Durchsetzung des Urheberrechts verschärfen soll. Die Befürworter von ACTA hatten versucht, die Abstimmungen zu verschieben, bis der Europäische Gerichtshof sein Gutachten vorlegt.

Grüne Position: Die Grünen haben sich von Anfang an gegen ACTA eingesetzt. Erstens kritisieren sie das Verfahren: Das Abkommen wurde unter großer Geheimhaltung ohne öffentliche Kontrolle verhandelt. Entwicklungsländer waren von den Verhandlungen ausgeschlossen, wären aber von ACTA ebenfalls betroffen. Zweitens kann ACTA nicht halten, was es verspricht - weder wirklich schädliche Produktpiraterie wird durch ACTA unterbunden noch Medikamentenfälschung. Drittens geht ACTA inhaltlich in die falsche Richtung: Die im Abkommen vorgeschlagenen Maßnahmen sind repressiv gegenüber Internetnutzern und legen die Rechtsdurchsetzung in die Hände privater Provider. Anstatt die Nutzerinnen und Nutzer zu belangen, sollten eher die Anbieter verfolgt werden, die urheberrechtsverletzendes Material anbieten. ACTA löst nicht die Probleme des veralteten Urheberrechts. Angesichts veränderter Lebensrealitäten und Verbreitungswege über das Internet braucht es eine ehrliche Auseinandersetzung darüber, welche Rechte wie durchgesetzt werden sollen und können. ACTA würde außerdem den Zugang zu erschwinglicher generischer Medizin in Entwicklungsländern erschweren.

Schengen

Erklärungen von
Kommission und Rat

*"Illegale Kontrollen an
Binnengrenzen"*

Debatte am Mittwoch, 4. Juli

Ska Keller MdEP

Büro +32 228 45379

Hintergrund: Im Streit um das Schengenpaket stellt das EU-Parlament jetzt die Bundesregierung an den Pranger. Die Abgeordneten kritisieren Deutschland sowie die Niederlande aufgrund von verschärften Grenzkontrollen an ihren Binnengrenzen. Sie werfen beiden Ländern eine systematische Verletzung der Schengen-Reisefreiheit vor. Das steht in direktem Zusammenhang mit dem Streit zwischen Europaparlament und Rat über den sogenannten Schengen-Evaluationsmechanismus, mit dem die richtige Umsetzung der Schengenregeln in den Mitgliedsstaaten sichergestellt werden soll. Der Rat hat das Parlament aus der Mitgesetzgebung ausgeschlossen und gleichzeitig das Evaluationsverfahren deutlich abgeschwächt.

Grüne Position: Die Bundesregierung versagt bei Schengen auf der ganzen Linie. Zuerst setzt sie im Rat die Axt an die Reisefreiheit an und weitet die Möglichkeiten für Grenzkontrollen aus. Dann schließt sie das Parlament aus

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



der Gesetzgebung zum wichtigen Schengenevaluationsmechanismus aus und sorgt dafür, dass sich die Mitgliedsstaaten weiterhin nach Gusto nur selbst kontrollieren. Die Bundesregierung wollte Binnenkontrollen sogar ganz aus der Überprüfung ausnehmen. Jetzt ist klar, warum: Sie verletzt systematisch das Verbot von Binnenkontrollen. Mehr als die Hälfte aller tschechischen Reisebusse werden bei der Einreise nach Deutschland von deutschen Grenzschützern herausgezogen und kontrolliert. Die Bundesregierung höhlt damit eine der größten Errungenschaften der EU aus.

Reform der Strukturfonds

Sondersitzung und Abstimmungen im Beschäftigungsausschuss und im Regionalausschuss

Mandat für Ratsverhandlungen

Donnerstag, 5. Juli (EMPL)

Mittwoch, 11. Juli (REGI)

Elisabeth Schroedter MdEP

Büro +32 228 45234

Hintergrund: Die Reform der Allgemeinen Verordnung für die Strukturfonds und der Verordnungen der einzelnen Fonds stehen kurz vor der Abstimmung in den federführenden Ausschüssen (am 5. Juli im Beschäftigungsausschuss und am 11. Juli im Regionalausschuss). Das Parlament hat hier erstmalig Mitentscheidungsrecht. Die in der Ausschussabstimmung gefundene Position wird der EP-Delegation das Verhandlungsmandat für die Veränderung des Kommissionsvorschlags geben. Dabei geht es sowohl darum, ob es eine Kategorie für Übergangsregionen geben wird als auch um die Frage, ob der Vorschlag der Konzentration der EU-Mittel auf die Sozial- und Klimaziele der Europa-2020-Strategie Unterstützung findet. In der Frage der Übergangsregionen steht die Position des Parlaments gegen die der Ratsgruppe, die sich selbst Gruppe „for better spending“ nennt.

Grüne Position: Die Grünen sind bislang die einzige Fraktion, die die Vorschläge der Kommission zur Konzentration der Mittel auf eine intelligente, nachhaltige und inklusive Verwendung für Qualitätsprogramme unterstützen. Die Grünen fordern eine Performance-Bewertung der zukünftigen Förderprogramme und eine Qualitätsreserve, die gute Programme belohnt. Außerdem wichtig: Dass die Partnerschaft mit den Kommunen und Regionen, Sozialpartnern und den Nichtregierungsorganisationen verbessert wird und es keinen Rückfall in die 90er Jahre gibt. Die beiden großen Fraktionen (S&D und EVP) schwächen den Kommissionsentwurf in beiden Punkten noch weiter ab.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



<p>Projekt-Bonds</p> <p>Bericht Göran Färm (S&D, Schweden)</p> <p><i>"Gemeinschaftszuschüsse für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze"</i></p> <p>Debatte am Mittwoch, 4. Juli</p> <p>Abstimmung am Donnerstag, 5. Juli</p> <p>Helga Trüpel MdEP Büro +32 228 45140</p>	<p>Hintergrund: Das Europäische Parlament wird, nachdem eine Verständigung mit dem Rat bereits erzielt werden konnte, in der nächsten Woche über die Einführung von Projekt-Bonds abstimmen. Die Anleihen sollen bereits im laufenden Jahr im Rahmen einer Pilotphase eingeführt werden, um ab 2014 als Finanzinstrument voll wirksam eingesetzt werden zu können. Ziel der Projekt-Bonds ist es, private Kapitalanleger verstärkt für Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen zu gewinnen, indem die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank Garantien für die risikoreichsten Teile der Finanzierung übernehmen.</p> <p>Grüne Position: Die Grünen werden die Einführung der Projekt-Bonds unterstützen. Angesichts der aktuellen Schwierigkeiten, die nötigen Investitionen aus den nationalen Haushalten zu finanzieren, bieten Projekt-Bonds eine vielversprechende Möglichkeit, privates Kapital für diese Zwecke zu mobilisieren. Aus Grüner Sicht ist es allerdings entscheidend, dass die durch EU-Gelder unterstützten Investitionen nachhaltig und ökologisch verantwortlich getätigt werden. Außerdem dürfen die Garantieübernahmen nicht zu erheblichen Verlusten für die öffentliche Hand führen, während die Gewinne zu einem überwiegenden Teil den Privatinvestoren zu Gute kommen.</p>
<p>Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum</p> <p>Bericht Debora Serracchiani (S&D, Italien)</p> <p><i>"Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum"</i></p> <p>Ordentliche Gesetzgebung, 2. Lesung</p> <p>Debatte am Montag, 2. Juli</p> <p>Abstimmung am Dienstag, 3. Juli</p> <p>Michael Cramer MdEP Büro +32 228 45779</p>	<p>Hintergrund: Das Europaparlament und der Rat der Verkehrsminister haben letzte Woche eine Einigung über die Neufassung des 1. Eisenbahnpakets erreicht. Damit werden neue Regeln für den europäischen Eisenbahnraum verabschiedet, die beide Institutionen nur noch formal bestätigen müssen. Die Einigung ist eine wichtige Weichenstellung für einen Einheitlichen Europäischen Eisenbahnraum und damit für den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene. Effektive und unabhängige Regulierung, fairer Zugang zu den Netzen und Serviceeinrichtungen sowie Anreize zur Lärmreduzierung an der Quelle und zum Einsatz von ERTMS ("European Rail Traffic Management System") sind die wichtigsten Fortschritte bei diesem so genannten "Recast".</p> <p>Grüne Position: Aus Grüner Sicht ist vor allem die Schaffung von strengen, unabhängigen und kurzfristig entscheidenden nationalen Regulierungsbehörden ein Erfolg. Unbegrenztes Verzögern von Entscheidungen, wie es in der Vergangenheit immer wieder zu beobachten war, wird damit unmöglich. Zudem sollen lärmabhängige Trassengebühren und öffentliche Mittel von EU und Mitgliedsstaaten Anreize zur Reduzierung des Lärms von Güterwagons durch die Nachrüstung mit Flüsterbremsen setzen. Zuletzt wird den Eisenbahnunternehmen die freie Wahl des Energieversorgers zugesichert, weil in der Vergangenheit private Wettbewerber über höhere Strompreise oftmals diskriminiert wurden. Die großen Fragen zu Netz und Betrieb wurden jedoch diesmal ausgelassen und werden bei den Verhandlungen des 4. Eisenbahnpakets diskutiert.</p>
<p>Europäisches Einheitspatent</p> <p>Berichte: 1. Bernhard Rapkay (S&D,</p>	<p>Hintergrund: Die drei Berichte gehören zu einem Berichtspaket, das schon weitgehend mit dem Rat der Mitgliedsstaaten verhandelt wurde. Stimmt das EU-Parlament dem Kompromiss in der kommenden Woche zu, steht einer Einführung der neuen Patentregeln nichts mehr im Weg.</p>

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Deutschland)

2. Raffaele Baldassarre (EVP,
Italien)

Ordentliche Gesetzgebung

3. Klaus-Heiner Lehne
(EVP, Deutschland)

Initiativbericht

Debatte am Dienstag,

3. Juli

Abstimmung am Mittwoch,

4. Juli

Jan Philipp Albrecht MdEP

+32 228 45060

Martin Häusling MdEP

+32 228 45820

Grüne Position: Das Europäische Parlament gibt - bei Verabschiedung des Patent-Pakets in der vorliegenden Fassung - ihm zustehende Rechte auf. Die Patentgesetzgebung würde der Europäischen Patentkonvention unterstehen, die über EU-Grenzen hinaus geht und auch Gültigkeit für Länder wie Norwegen und die Schweiz hat. Viel Entscheidungsgewalt würde damit weg von den EU-Institutionen auf den neuen Patentgerichtshof, voraussichtlich mit Standort in Paris, sowie auf das Europäische Patentamt verlagert. Daher fordern die Grünen in Änderungsanträgen, dass das Parlament und der Rat auch weiterhin Einfluss auf Entscheidungen über das Patentgeschehen nehmen können.

Außerdem fehlt in der Verordnung in ihrer jetzigen Form eine Klarstellung bezüglich der Patentauslegung bei Pflanzen und Tieren. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass Züchter und Landwirte patentgebührenfrei forschen und züchten dürfen sowie ihre Züchtungsprodukte ebenfalls frei nutzen dürfen. Entsprechende Änderungsanträge wurden von den Grünen eingebracht.

Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen

Bericht Jürgen Klute (GUE/NGL,
Deutschland)

*"Zugang zu grundlegenden
Bankdienstleistungen"*

Initiativbericht

Debatte am Dienstag, 3. Juli

Abstimmung am Mittwoch, 4.

Juli

Sven Giegold MdEP

Büro: +32 2 28 45369

Hintergrund: Die EU-Kommission schätzt, dass ca. 30 Millionen Bürger in der EU kein Bankkonto haben. Von denen wird zumindest 6,4 Millionen der Zugang verweigert. Der Kommissionsaufforderung, Möglichkeiten und Rechte für alle Bürger auf ein einfaches Bankkonto zu schaffen, sind bisher nur 12 Mitgliedsstaaten nachgekommen. In Deutschland gibt es nur einen Verhaltenskodex der Finanzinstitute, wonach diese solche Konten anbieten wollen.

Grüne Position: Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments hat bereits über einen legislativen Initiativbericht gefordert, dass Banken den Bürgern ein Basis-Girokonto kostenlos oder zu einem vertretbaren Preis anbieten sollen. Damit könnten diese Menschen endlich am Zahlungsverkehr teilnehmen und ihre alltäglichen Geldgeschäfte ohne aufwendige Bonitäts- und Darlehensprüfungen kostengünstiger und sicherer abwickeln. Unterstützt das Plenum diese Forderung, muss die Kommission innerhalb eines Jahres einen Gesetzesvorschlag vorlegen, bzw. ihre Gründe gegenüber dem Europäischen Parlament erläutern, falls sie nicht entsprechend aktiv wird.

Ägypten

Erklärung der Hohen
Vertreterin, Catherine Ashton

Debatte am Mittwoch,

4. Juli

Hintergrund: Trotz der demokratischen Wahl des Moslebruders Mohammed Mursi zum Präsidenten, bekanntgegeben am 24. Juni, ist das sechzigjährige Regime des Militärs nicht gebrochen. Demokratisch-friedlicher Protest stößt auf Polizeiwillkür und Unterdrückung: Täglich werden Menschenrechte verletzt, Frauen misshandelt und kritische Stimmen wie Nichtregierungsorganisationen behindert. Am 14. Juni löste der Militärrat das mehrheitlich islamistische Parlament auf und

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Franziska Brantner MdEP

Büro +32 228 45354

veröffentlichte eine eigene Verfassung. Darin wird das Präsidentenamt geschwächt und dem Militärat Budgetrecht und Gesetzgebungshoheit übertragen.

Grüne Position: Ashton muss klare Worte für Europa finden und den Militärat nennen, was er ist: einen stillen Besatzer von Innen. Die EU muss Ägyptens Transformationsprozess kritisch begleiten und unterstützen. Dies gilt auch für den neuen Präsidenten, der sein demokratisches Mandat zum Schutz von Frauen- und Minderheitenrechten einsetzen muss. Der Militärat muss die politische Macht restlos an eine zivile Regierung übergeben. NRO-Geldmittel müssen frei fließen können, Menschenrechte geschützt und der Polizeiapparat reformiert werden. EU-Aktionspläne für Ägypten sollen widerspiegeln, dass jegliche wirtschaftliche Zusammenarbeit von Konditionalität und dem Prinzip "more for more and less for less" bestimmt sein muss. Somit sollten Marktöffnung und europäische Kredite klaren Bedingungen unterliegen, um den demokratischen Wandel zu garantieren.

Weitere Pressetermine in Straßburg

Presserühstück der deutschen Grünen Abgeordneten

Dienstag, 12. Juni
ab 9:00 Uhr

Pressebar LOW

Themen:

ACTA, Schengen und die Reform der Europäischen Strukturfonds.

Mit:

Ska Keller, Schengen-Expertin und Mitglied im Handelsausschuss für die Fraktion die Grünen/EFA

Jan Philipp Albrecht, Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und Datenschutzexperte der Fraktion Die Grünen/EFA

Elisabeth Schroedter, stellvertretende Vorsitzende im Beschäftigungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Regionalausschuss für die Grünen/EFA

Presserbriefing der Ko-Vorsitzenden der Fraktion Die Grünen/EFA

Dienstag, 12. Juni
10.30 - 10.50 Uhr
(ab sofort immer ab 10.30 Uhr)

Presseraum des Europäischen Parlaments
LOW N-1/201

Mit:

Rebecca Harms und **Daniel Cohn-Bendit**,
Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA.

Livestream:

<http://greenmediabox.eu/live/pressbriefing/>

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Telefon: +32 228-44683

E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Telefon: +32 228 32107

E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu